

Herr Andreas Lohaus	auf Vorschlag der Grünen
Herr Rainer Schäfer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Wolfgang Lindweiler	auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Christian Nüsser	FDP

Verwaltung

Herr Beigeordneter Markus Greitemann

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Claudia Heithorst	CDU	vertreten durch RM Thomas Welter
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	vertreten durch RM Prof. Dr. Killersreiter

Beratende Mitglieder

Herr Dr. Hermann Hollmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Hermann Jutkeit	auf Vorschlag der SPD
Herr Markus Sterzl	auf Vorschlag der SPD
Herr Thomas Tewes	auf Vorschlag der CDU

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Integrationsrat
---------------------	-----------------

Herr van Geffen begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 35. Sitzung des Wirtschaftsausschusses. Er bedankt sich für die Bereitschaft zur Verschiebung der Sitzung und begrüßt Herrn Greitemann als den zukünftig für den Ausschuss zuständigen Beigeordneten.

Die Verpflichtung von Herr Fürstenberg-Schröder als sachkundigen Einwohner werde er im Laufe der Sitzung vornehmen, sobald dieser eingetroffen sei.

Herr van Geffen fragt im Namen der Verwaltung, ob zu TOP 22.1 Fragen zu erwarten sind.

Herr Frank kündigt eine mündliche Ergänzung zum Ausschreibungstext in TOP 22.1 an.

Herr van Geffen fragt die Mitglieder, ob sie mit der Tagesordnung in der vorliegenden Fassung von 13.14 Uhr einverstanden sind oder ob es Bedenken oder Änderungswünsche gibt.

Herr Beigeordneter Greitemann schlägt vor, den TOP 4.6 gemeinsam mit der Aktuellen Stunde zu behandeln.

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung einverstanden und beschließt diese in der vorliegenden Fassung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

TOP 0 Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern / Sachkundigen Bürgern

TOP A: Drohende dramatische Arbeitsplatzverluste bei Ford in Köln
AN/0402/2019

1 Präsentation, anschließend Meinungsaustausch

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1 Aktivitäten im Kontext des anstehenden Brexit (AN/0030/2019)
0246/2019

3.2 Sachstand Umsetzung der Mittelstandsinitiative
0270/2019

3.3 Sachstand zum elektronischen Gewerbemeldeverfahren
0813/2019

4 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

4.1 Einrichtung eines Kreativhauses, AN/1456/2018

4.2 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln, 3608/2017

4.3 Reformprojekt "Neugestaltung der Vergabeprozesse", 0005/2018

4.4 Gesamtübersicht der Planungen für die Universität zu Köln, 2421/2018

4.5 Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte
AN/0085/2019

4.6 Aktuelle Situation bei Ford
AN/0116/2019

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

5.1 Auswirkungen des Zusammenschlusses Kaufhof/Karstadt für den Standort Köln
AN/0097/2019

- 5.1.1 Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?
0519/2019
- 5.2 Was tut der Stadtvorstand für sichere Arbeitsplätze und den sozialen Frieden am Flughafen Köln/Bonn?
AN/0359/2019
- 5.2.1 Was tut der Stadtvorstand für sichere Arbeitsplätze und den sozialen Frieden am Flughafen Köln/Bonn?
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln (AN/0359/2019) vom 14.03.2019
1081/2019
- 5.3 Planungsrechtlicher Sachstand des Hafenausbaus Godorf
AN/0363/2019
- 5.4 Verlagerung von Nutzern des Deutzer Hafens
AN/0364/2019
- 5.5 Veranstaltung zur Stärkung von interdisziplinären Gründeraktivitäten
AN/0367/2019
- 5.6 Planungsstand trimodales KV-Terminal Niederkassel-Lülsdorf
AN/0365/2019
- 5.6.1 Planungsstand trimodales KV-Terminal Niederkassel-Lülsdorf
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 21.03.2019, TOP 5.6
1086/2019

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

7 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

- 7.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
2630/2018
- 7.2 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung
hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage
3860/2018
- 7.3 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 an den aufgeführten Tagen und Zeiten
4160/2018

8 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

9 Marktwesen

9.1 Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten
3817/2018

10 "koeln.de"

11 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

11.1 Jahresbericht 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft inkl. Startup Unit Cologne
0311/2019

12 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

13 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

13.1 Evaluationsbericht "Kölner Bildungsmodell"
0206/2019

14 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

15 Mitteilungen

15.1 Gewerbeflächenbereitstellungskonzept
Aktualisierte Übersicht Stand: 12/2018
0155/2019

15.2 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH
1047/2019

15.3 Förderung Lastenfahrrad
0938/2019

16 Allgemeine Beschlussvorlagen

17 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

TOP 0 Verpflichtung von Sachkundigen Einwohnern / Sachkundigen Bürgern

Herr van Geffen verpflichtet im Anschluss an die Aktuelle Stunde den dem Wirtschaftsausschuss gem. § 58 Absatz IV GO NRW mit beratender Stimme angehörigen Sachkundigen Einwohner,

Herrn Gero Fürstenberg-Schröder

seine Aufgabe als Sachkundiger Einwohner des Wirtschaftsausschusses der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes NRW und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

TOP A: Drohende dramatische Arbeitsplatzverluste bei Ford in Köln AN/0402/2019

Der Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde liegt dem Ausschuss als Tischvorlage vor.

Herr Joisten begründet den Antrag mit der Ankündigung einen umfassenden Stellenabbaus in der Presse, mit der sich die schlechte Lage der Firma Ford in Deutschland zuspitzt und die weitere Maßnahmen der Konzernspitze für den Standort Köln nach sich ziehen könnte. Aus den Gesprächen mit dem Betriebsrat habe seine Fraktion die Bitte mitgenommen, sich gemeinschaftlich für den Standort Köln einzusetzen und von Seiten der Kommunalpolitik möglichst optimale Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Ratsbeschluss zur E-Mobilität und zur Errichtung einer möglichen Batteriefabrik sei ein erster Schritt dazu. Im Rahmen der Aktuellen Stunde sollen weitere Impulse zur Unterstützung gefunden werden.

Herr Dr. Strahl unterstreicht die Bedeutung der Firma Ford für den Wirtschaftsstandort Köln, er verweist aber auch darauf, dass der Rat auf die firmeninternen Vorgänge keinen Einfluss hat. Er geht davon aus, dass freigesetzte, gut ausgebildete Mitarbeiter auf Grund der Nachfrage schnell einen neuen Arbeitgeber finden würden.

Herr Frank beschreibt die aktuellen Entwicklungen mit Blick auf die Entscheidungen des zentralen Ford-Managements in den USA in den letzten 15 Jahren als absehbar. Bitter sei, dass diese Fehlentscheidungen des Managements nun von den Mitarbeitenden ausgebadet werden müssen. Sowohl das Management Köln als auch das für Europa haben wenig Einfluss auf diese Entscheidungen, auch wenn in Europa durchaus fortschrittliche Ideen entwickelt wurden. Auf Grund dieser globalen Strategie eines global agierenden Unternehmens hält er es für eine Illusion zu glauben, dass die Aktivitäten der städtischen Wirtschaftsförderung einen Einfluss auf diese Entscheidungen haben werden. Vor zwei Jahren habe der Rat der Stadt Köln beschlossen, eines der noch wenigen verbliebenen Industriegrundstücke, den Industriepark Köln-Nord, der Firma Ford für Themen E-Mobilität und Produktion von Speichertechnologie anzubieten. Dazu sei nie eine konstruktive Antwort des Ford-Managements zurückgekommen. Die Verantwortung für die aktuelle Entwicklung trage alleine das zentrale Ford-Management in den USA.

Herr Lindweiler begrüßt die Initiative. Er schätzt die Einflussmöglichkeiten auf das Management ebenfalls gering ein. Trotzdem sollten alle Möglichkeiten der Unterstützung der Beschäftigten genutzt werden.

Frau Klein hält es für schwierig, auf der Basis der wenigen verifizierbaren Informationen kommunale Maßnahmen zu diskutieren.

Herr Dr. Roßmann verweist darauf, dass die Arbeitsgruppe zum Thema E-Mobilitätsstrategie nach zwei Treffen ihre Arbeit eingestellt hat. Mit Blick auf die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Fördermittel sollten nach seiner Einschätzung auf der Basis der ersten Ergebnisse die Gespräche wieder aufgenommen werden. Derzeit gebe es noch die Möglichkeit, das Köln sich hier positioniert und Einfluss nimmt und das sollte genutzt werden.

Herr Lucks bemängelt die schlechte Informationslage.

Herr Beigeordneter Greitemann stellt das Schicksal der Mitarbeitenden in den Vordergrund. Er berichtet vorab, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker gemeinsam mit ihm und den Fraktionsvorsitzenden sehr gerne das Gespräch mit den Arbeitnehmervertretern aufnehmen möchte, um deren Sicht einer möglichen Entwicklung zu erfahren. Frau Reker war und ist mit der hiesigen Unternehmensleitung in Kontakt. Sie verlässt sich weiterhin auf die Zusage, dass eventueller Arbeitsplatzabbau sozialverträglich gestaltet wird.

Herr Josipovic (Stabstelle Wirtschaftsförderung) stellt die aktuellen Maßnahmen in Bezug auf die Firma Ford der Wirtschaftsförderung vor.

Herr Joisten begrüßt den sich abzeichnenden Konsens und unterstreicht nochmals die Notwendigkeit, dass der Wirtschaftsausschuss Signale sendet.

Frau Sommer fragt, wie die bisherigen Angebote der Wirtschaftsförderung von der Firma angenommen worden sind.

Herr Josipovic (Stabstelle Wirtschaftsförderung) teilt mit, dass die Resonanz zum Thema Batteriezellenproduktion eher reserviert war, aber zum Thema E-Scooter sehr positiv.

Herr Frank hält den Resolutionstext der SPD-Fraktion für nicht Ziel führend genug. Er stellt mündlich einen Textvorschlag seiner Fraktion vor.

Herr Petri weist darauf hin, dass die Aufnahmekapazitäten des Dienstleistungssektors für möglicherweise freigestellte Mitarbeitende aus der industriellen Produktion erschöpft sind, insbesondere, wenn man diesen Bereich unter dem Stichwort Arbeit 4.0 betrachtet. Die Bereiche Banken und Versicherungen bauen derzeit Arbeitsplätze ab und stellen deshalb keine ausreichende Alternative mehr dar. Er unterstützt deshalb den Resolutionstext der SPD-Fraktion hinsichtlich der Passage zum Thema Ansiedlung von Unternehmen zum Thema E-Mobilität.

Herr Joisten liest den Vorschlag seiner Fraktion zum Resolutionstext vor.

Herr Frank kommentiert diesen Vorschlag.

Herr van Geffen schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen und bittet die wirtschaftspolitischen Sprecher zu sich, um einen gemeinsamen Resolutionstext abzustimmen. Der Ausschuss ist damit einverstanden.

Herr van Geffen nimmt die Sitzung wieder auf und trägt den vereinbarten Resolutionstext vor.

Der Wirtschaftsausschuss beendet die Aktuelle Stunde mit folgender, einstimmig gefasster Resolution:

Mit Bestürzung und großer Sorge nimmt der Wirtschaftsausschuss der Stadt Köln den bislang veröffentlichten geplanten Stellenabbau und die Kürzungspläne für die Produktion von Ford in Westeuropa zur Kenntnis. Es besteht die große Befürchtung, dass davon auch der Standort Köln betroffen ist. Dies hätte signifikante negative Auswirkungen für Köln.

Der Ausschuss schließt sich der Stellungnahme der Oberbürgermeisterin an, die am 15.03.2019 erklärte, dass sie „mit einer großen Portion Unverständnis und auch Enttäuschung“ die Ankündigung der Ford-Werke zur Kenntnis genommen hat, über 5.000 Arbeitsplätze in Deutschland abzubauen. Mit 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist Köln mit Abstand der größte Standort des amerikanischen Automobilbauers in der Bundesrepublik.

Die aktuelle Entwicklung zeigt, wie wichtig frühzeitige strategische industrielle Weichenstellungen im Automobilsektor sind. Das Management von Ford hat auf diese notwendigen Entwicklungen und Veränderungen im Automobilsektor nicht frühzeitig reagiert. Die Beschäftigten müssen nun den Preis dafür zahlen.

Rat und Verwaltung haben den Ford-Werken Industrieflächen für den Produktionsbereich für Elektroantriebe und Speicherzellenfertigung vor zwei Jahren angeboten. Bislang ist daraus nichts gefolgt.

Die städtische Wirtschaftsförderung wird auch weiterhin eine aktive und engagierte Ansiedlungspolitik betreiben, um Köln als Schwerpunktstandort für Elektromobilität zu positionieren. Der Wirtschaftsausschuss bekräftigt den Auftrag des Rates, die Ansiedlung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen aus dem Sektor der Produktion, Montage und Wiederaufbereitung von E-Speichertechnologie gezielt zu fördern.

Die Verantwortung für die weitere Entwicklung liegt beim Ford-Spitzenmanagement.

Der Ausschuss bekräftigt die städtische Wirtschaftsförderung in ihrem Bestreben, Maßnahmen die zur Stützung des Produktionsstandorts geeignet sind, konsequent weiter zu verfolgen und Gespräche mit den Ford-Verantwortlichen zu führen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig verabschiedet

1 Präsentation, anschließend Meinungs austausch

2 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

3 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**3.1 Aktivitäten im Kontext des anstehenden Brexit (AN/0030/2019)
0246/2019**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung erneut vor.

Herr Joisten bittet darum, den Ausschuss über die weitere Strategie der Verwaltung zu informieren, sobald eine Entscheidung über den Brexit getroffen worden ist.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3.2 Sachstand Umsetzung der Mittelstandsinitiative 0270/2019

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung erneut vor.

Herr Joisten fragt nach der aktuellen Stellenbesetzungssituation in den betroffenen Ämtern.

Herr Beigeordneter Greitemann berichtet, dass die Tendenz weiterhin nicht positiv sei und sagt genauere Zahlen zur Niederschrift zu.

Herr Joisten fragt zusätzlich nach der Anzahl der eingegangenen Bauanträge in einem zu bestimmenden Referenzzeitraum und der im gleichen Zeitraum erteilten Baugenehmigungen

Herr Beigeordneter Greitemann sagt auch hierzu eine Information zur nächsten Sitzung zu.

Herr Breuer (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) informiert, dass die aktuelle Entwicklung in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss veröffentlicht werden soll.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

3.3 Sachstand zum elektronischen Gewerbemeldeverfahren 0813/2019

Dem Ausschuss liegt die Beantwortung als Umdruck vor.

Frau Klein bedankt sich für die Information und fragt, ob es verwaltungsintern eine zeitliche Zielvorgabe für den elektronischen Anteil in Höhe von 35% an den Gewerbeanmeldungen gebe. Außerdem möchte sie wissen, warum bei 50% der Anmeldungen Nachfragen erforderlich sind.

Herr Ströbelt (Amt für öffentliche Ordnung) verneint eine zeitliche Zielvorgabe. Unvollständige Angaben bei Anmeldung seien der Grund für die zahlreichen Rückfragen seitens der Behörde.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

4 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

Herr van Geffen äußert im Zusammenhang mit dem neuen TOP 4 den Wunsch, dass diese Liste möglich schnell abgearbeitet wird.

Herr Beigeordneter Greitemann teilt diesen Wunsch, bittet in diesem Zusammenhang jedoch darum, dass die Anfragen in einem zeitlichen Rahmen gestellt werden, der trotz der hohen operativen Tätigkeit eine qualitativ hochwertige Antwort zulässt.

Herr Frank würde es sehr begrüßen, wenn dem Ausschuss in einem regelmäßigen Abstand von einem halben Jahr ein Sachstand zu den gefassten Beschlüssen vorgelegt würde.

- 4.1 Einrichtung eines Kreativhauses, AN/1456/2018**
- 4.2 Evaluierungsbericht zum Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln, 3608/2017**
- 4.3 Reformprojekt "Neugestaltung der Vergabeprozesse", 0005/2018**
- 4.4 Gesamtübersicht der Planungen für die Universität zu Köln, 2421/2018**
- 4.5 Weitere Perspektiven der Kölner Wochenmärkte
AN/0085/2019**

Frau Faßbender (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) berichtet, dass die Anfrage zum Zeitpunkt eines Personalwechsels eingegangen sei. Sie sagt eine umfassende Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

- 4.6 Aktuelle Situation bei Ford
AN/0116/2019**

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung

- 5.1 Auswirkungen des Zusammenschlusses Kaufhof/Karstadt für den Standort Köln
AN/0097/2019**

Herr Frank bemängelt, dass keine Antwort auf die von seiner Fraktion gestellte Antwort vorliegt. TOP 5.1.1 sei die Antwort auf die von der SPD-Fraktion im Rat gestellte Anfrage.

Herr Josipovic (Stabstelle Wirtschaftsförderung) weist auf die mündliche Antwort der Oberbürgermeisterin in der letzten Ausschusssitzung hin.

Herr Beigeordneter Greitemann sagt eine formale Antwort auf die Anfrage der Fraktion Die Grünen zur nächsten Sitzung zu.

- 5.1.1 Schwerer Verlust für den Wirtschafts- und Handelsstandort Köln durch Verlagerung der Kaufhof-Zentrale nach Essen: Ist die Standortpolitik der Oberbürgermeisterin gescheitert?
0519/2019**

Herr Joisten bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und fragt nach, ob es nach dem Gespräch zwischen der Wirtschaftsförderung und Vertretern von Karstadt/Kaufhof zum Thema E-Commerce einen neuen Sachstand gibt. Außerdem fragt er auf Grund von Medienberichten, die zu großen Irritationen seitens der Mitarbeitenden der Kaufhof AG geführt haben, zu welchem Zeitpunkt die Stadtverwaltung ihr Interesse an einer Nachnutzung des Verwaltungsgebäudes in der Leonhard-Tietz-Straße bekundet hat bzw. zu welchem Zeitpunkt ihr ein solches Angebot unterbreitet wurde.

Herr Josipovic (Stabstelle Wirtschaftsförderung) bestätigt das Gespräch zum Thema E-Commerce. Leider seien keine präzisen Angaben zu den Plänen des Unterneh-

mens vorgelegt worden. Die Wirtschaftsförderung habe ihr Angebot zur Unterstützung auf allen ihr möglichen Ebenen bekräftigt.

Herr Beigeordneter Greitemann bittet darum, die zweite Frage im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung beantworten zu können.

**5.2 Was tut der Stadtvorstand für sichere Arbeitsplätze und den sozialen Frieden am Flughafen Köln/Bonn?
AN/0359/2019**

Dem Ausschuss liegt die Anfrage der Fraktion DIE LINKE als Umdruck vor.

**5.2.1 Was tut der Stadtvorstand für sichere Arbeitsplätze und den sozialen Frieden am Flughafen Köln/Bonn?
hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln
(AN/0359/2019) vom 14.03.2019
1081/2019**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr Lindweiler bedankt sich für die zeitnahe Beantwortung der Anfrage. Er bringt seine Unzufriedenheit über den Inhalt zum Ausdruck, der die Haltung der Stadtverwaltung zum Thema nicht wiedergibt.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**5.3 Planungsrechtlicher Sachstand des Hafenausbaus Godorf
AN/0363/2019**

Dem Ausschuss liegt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Umdruck vor.

Herr Frank bittet um eine Vorab-Information der wirtschaftspolitischen Sprecher, sobald die Antwort erstellt ist.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**5.4 Verlagerung von Nutzern des Deutzer Hafens
AN/0364/2019**

Dem Ausschuss liegt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Umdruck vor.

Herr van Geffen fragt, ob es notwendig ist, dass die Beantwortung im nicht-öffentlichen Teil der nächsten Sitzung erfolgt.

Herr Beigeordneter Greitemann sagt eine Beantwortung im nicht-öffentlichen Teil zu.

Herr Frank fragt hinsichtlich der Verlagerung der Firma Steil in den Godorfer Hafen nach einem aktuellen Sachstand zum Logistikkonzept für den neuen Standort.

Herr Beigeordneter Greitemann sagt auch hierzu eine Beantwortung zu. Sollte diese im öffentlichen Interesse sein, würde die Antwort auf die Anfrage auf den öffentlichen und den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung aufgeteilt.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**5.5 Veranstaltung zur Stärkung von interdisziplinären Gründeraktivitäten
AN/0367/2019**

Dem Ausschuss liegt die Anfrage der CDU-Fraktion als Umdruck vor.

Herr Josipovic (Stabstelle Wirtschaftsförderung) trägt die Antwort zu Frage 1 vorab mündlich vor.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**5.6 Planungsstand trimodales KV-Terminal Niederkassel-Lülsdorf
AN/0365/2019**

Dem Ausschuss liegt die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen als Umdruck vor.

Der Ausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

**5.6.1 Planungsstand trimodales KV-Terminal Niederkassel-Lülsdorf
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 21.03.2019, TOP 5.6
1086/2019**

Dem Ausschuss liegt die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr Frank bittet darum, dass solche Vorgänge dem Verkehrs- und dem Wirtschaftsausschuss zur Kenntnis gegeben werden und diese nicht per Zufall davon erfahren. Es gebe ein grundsätzlich positives Votum, den Standort für einen kombinierten Ladeverkehr zu unterstützen. Die Zielkonflikte zum Thema Verkehr müssen gelöst werden. Es sei ihm nicht klar, warum hier mit dem Mittel einer Klage gearbeitet wird.

Herr Beigeordneter Greitemann bedauert die fehlende Information der Ausschüsse. In der Sache sei trotz der Stellungnahme der Stadt Köln eine Genehmigung erteilt worden. Die Klage sei in diesem Fall zur Fristwahrung erhoben worden und um wieder ins Gespräch zu kommen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung.

Herr Frank bittet um eine schriftliche Information über den weiteren Fortgang.

6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

7 Beteiligung des Wirtschaftsausschusses an wirtschaftsrelevanten Planungen

**7.1 6. Satzung zur Änderung der Sondernutzungssatzung
2630/2018**

Die Vorlage wurde endgültig von der Verwaltung zurückgezogen.

7.2 Einzelhandels- und Zentrenkonzept (EHZK) - Fortschreibung hier: Ausnahmeregelung für Erweiterungen von Lebensmittelmärkten in städtebaulich integrierter Lage 3860/2018

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung erneut vor.

Herr Frank berichtet, dass sich für seine Fraktion die Notwendigkeit eines vorgezogenen Beschlusses über diese Ausnahmeregelung nicht erschließt. Er schlägt deshalb vor, die Vorlage zurückzustellen und die Verwaltung aufzufordern, die Inhalte in die Vorlage über die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts zu inkludieren.

Herr Dr. Strahl schließt sich der Argumentation an. Es gebe über den Auslöser für diese Vorlage wenig Information und es bestehe weiterhin die Befürchtung, dass ein solcher Beschluss die Inhaber der Lebensmittelmärkte motiviere, ihn nicht nur auszunutzen, sondern auch auszuweiten.

Frau Klein befürwortet eine Behandlung der Vorlage, um die damit verbundene zusätzliche Wohnbebauung nicht zu behindern.

Herr Joisten betont unter Bezugnahme auf seine Ausführungen in der letzten Sitzung nochmals den positiven Effekt zusätzlicher Wohnbebauung. Seine Fraktion sei heute abstimmungsfähig.

Herr Dr. Höhmann (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) begründet die Abkopplung dieser Thematik in einer eigenen Vorlage mit der Erwartung, dass die Vorlage über die Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts (EHZK) wieder sehr zeitintensiv und umfangreich mit allen Bezirken und mit Bürgerbeteiligung beraten werde. Er erinnert daran, dass die Beratung des EHZK bis zum Beschluss zwei Jahre gedauert habe.

Nach fast neun Jahren der praktischen Anwendung des EHZK müsse festgestellt werden, dass in dem 700m-Radius bisher nur mit einem B'plan die Vorgaben des EHZK umgesetzt werden konnten. Die Zentren in den einzelnen Stadtteilen sind allerdings in ihrer Ausgestaltung sehr unterschiedlich, so dass in einem schwachen Zentrum der 700m-Radius einen Schutzraum darstellt und in einem starken, prosperierenden Zentrum oder in der Innenstadt ist er nur eine Festlegung auf der Karte, die zu Analyse Zwecken genutzt wird, aber nichts über die Gefährdung des dortigen Einzelhandels aussagt. Es gibt zusätzlich drei Sicherheitsfilter: Bewertung immer nur in Abhängigkeit von dem benachbarten Zentrum. Zweiter Filter sei die optimale Ausnutzung des Grundstückes und der dritte Filter sei die landesweit geltende 35%Regel. Der Beschluss habe eine sofortige Handlungsfähigkeit der Verwaltung zur Folge. Es sei sehr unwahrscheinlich, dass für alle vorhandenen Standorte nun eine Erweiterung beantragt würde. Es hätte aber den Effekt, dass jeweils über zusätzliche Wohnbauflächen verhandelt werden könnte.

Frau Sommer kritisiert die, im Gegensatz zu den sehr detaillierten Vorgaben des EHZK, pauschalen Vorgaben, die die Situation in den einzelnen Örtlichkeiten nicht berücksichtigen. Sie fragt nach dem konkreten Anlass für diese Vorlage.

Herr Frank verweist auf die Diskussion in der letzten Sitzung und die Zusage der Verwaltung, die Vorlage an einem konkreten Beispiel durchzuspielen. Dazu sei keine Zulieferung erfolgt. Die Nebenwirkungen eines solchen Beschlusses seien nicht absehbar. Deshalb habe man sich darauf verständigt, diese Vorlage an die Verwaltung zurückzugeben und im Rahmen der Fortschreibung des EHZK zu behandeln.

Herr Petri erinnert an die intensiven Diskussionen in den Bezirken zur Beschlussfassung über das EHZK und schlägt vor, um eine Handlungsfähigkeit der Verwaltung bis zum Beschluss über die Fortschreibung des EHZK sicherzustellen, der Verwaltung in der nächsten Sitzung nochmals Gelegenheit zu geben, das Konzept zu erläutern.

Herr Joisten schlägt ein interfraktionelles Fachgespräch vor.

Herr Frank signalisiert ständige Gesprächsbereitschaft, wenn es konkrete Anlässe gibt.

Herr Beigeordneter Greitemann begrüßt den Vorschlag eines interfraktionellen Gesprächs.

Herr van Geffen stellt fest, dass es in dieser Sitzung keine Mehrheit für eine Entscheidung gibt und bittet deshalb um die Organisation des angebotenen Gesprächs.

Beschluss: zurückgestellt

7.3 2. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2019 über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2019 an den aufgeführten Tagen und Zeiten 4160/2018

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Herr Joisten begrüßt die restriktive Handhabung der rechtlichen Vorgaben durch die Verwaltung. Er bemängelt, dass in der Vorlage die vom DGB bzw. Verdi abgegebene Stellungnahme nicht enthalten ist. Deshalb schlägt er vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu geben und abzustimmen, wenn die Stellungnahme nachgeliefert wurde.

Herr Frank stellt fest, dass eine intensive Prüfung stattgefunden hat und die vorgelegten Anträge beschlussfähig seien. Der Wunsch der SPD-Fraktion werde aber respektiert.

Herr Petri weist darauf hin, dass die bisherigen Ratsbeschlüsse einer gerichtlichen Überprüfung nicht alle standgehalten haben. Auch das Verfahren zu dieser Vorlage sei nach seiner Einschätzung nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden.

**Beschluss: ohne Votum in die nachfolgenden Gremien
Abstimmungsergebnis: einstimmig**

8 Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses über wirtschaftsrelevante Angelegenheiten

9 Marktwesen

9.1 Gebührenfestsetzung für die Inanspruchnahme der Standplätze auf den Kölner Wochenmärkten 3817/2018

Dem Ausschuss liegt die Beschlussvorlage der Verwaltung vor.

Herr Frank möchte wissen, was die Haupttreiber bei den Aufwendungen sind und wie sich diese beeinflussen lassen. Er bemängelt, dass die Anlage 1 der Vorlage keinen Vergleich über die drei abgelaufenen Geschäftsjahre 2016, 2017 und 2018 enthält.

Sie sei daher nicht aussagekräftig hinsichtlich der Frage, wo sich eventuelle Stell-schrauben befinden, um den Aufwand u.U. auch zu minimieren. Die Beteiligung der Marktbesucher am Aufwand habe seine Grenzen und eine Gefährdung der Wochenmärkte als Teil der Daseinsvorsorge sei nicht im Interesse der Politik.

Er bittet deshalb, die Kalkulation im Soll-Ist-Vergleich über mehrere Jahre darzustellen.

Herr Joisten macht eine Verfristung der Vorlage geltend, die eine interne Abstimmung nicht ermöglichte. Er meldet Beratungsbedarf für seine Fraktion an und bittet um Vertagung in die nächste Sitzung.

Herr Dr. Strahl schließt sich den Ausführungen von Herrn Joisten an. Er weist darauf hin, dass seine Fraktion bereits bei der letzten Beschlussfassung über eine Gebüh-renerhöhung um eine Auswertung nach einem Jahr gebeten habe, aus der die Auswirkungen dieser Gebüh-renerhöhung auf die Struktur der Marktbesucher hinsichtlich der angebotenen Waren zu entnehmen ist. Eine solche Auswertung sei dem Ausschuss bisher nicht vorgelegt worden. Über eine weitere Gebüh-renerhöhung könne erst ein Beschluss gefasst werden, wenn die Auswirkungen der letzten ausgewertet und dargestellt worden sind.

Frau Klein stellt fest, dass die entscheidende Frage die der Weiterentwicklung der Wochenmärkte sei.

Frau Faßbender (Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster) sagt eine Ergänzung der Vorlage zur nächsten Sitzung zu. Sie berichtet von ihrem ersten Gespräch mit den Marktsprechern und den dort geäußerten Sorgen über die Zukunft einzelner Märkte, aber auch von neuen Ideen.

Herr Frank bittet darum, dass die verbesserte Vorlage so zeitnah eingestellt wird, dass die Fraktionen ausreichend Zeit haben, sich mit den neuen Daten auseinanderzusetzen.

Beschluss: zurückgestellt

10 "koeln.de"

11 Medien- und Internetwirtschaft in Köln

11.1 Jahresbericht 2018 der Stabsstelle Medien- und Internetwirtschaft inkl. Startup Unit Cologne 0311/2019

Dem Ausschuss liegt der Jahresbericht der Stabsstelle Medien und Internetwirtschaft als Mitteilung erneut vor.

Herr Joisten bedankt sich für die umfangreiche Darstellung und fragt nach der bisherigen personellen Ausstattung der Stabsstelle und der geplanten Ausstattung dieses Aufgabenbereichs in der GmbH.

Herr Risse (Stabsstelle Wirtschaftsförderung) teilt mit, dass die Stabsstelle bisher mit 7,5 Stellen ausgestattet war. Diese Stellen und Aufgaben sind komplett auf die GmbH übertragen worden. Zusätzlich sind jetzt weitere sieben Stellen ausgeschrieben worden.

Herr Frank bittet darum, die anstehende Umgründung der Filmfestival Cologne zu einer GmbH mit Landesbeteiligung auf Grund der Übertragung der Aufgaben auf die

Wirtschaftsförderungs GmbH nicht aus den Augen zu verlieren und nach der Sommerpause die notwendigen Grundsatzbeschlüsse vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12 Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation

13 Beschäftigungsförderung / Arbeitsmarktförderung

13.1 Evaluationsbericht "Kölner Bildungsmodell" 0206/2019

Dem Ausschuss liegt der umgedruckte Evaluationsbericht „Kölner Bildungsmodell“ als Mitteilung vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

14 Förderung und Sicherung des Industriestandortes Köln (Ratsbeschluss vom 31.01.2002)

15 Mitteilungen

15.1 Gewerbeflächenbereitstellungskonzept Aktualisierte Übersicht Stand: 12/2018 0155/2019

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung „Gewerbeflächenbereitstellungskonzept“ als Umdruck vor.

Herr Joisten stellt fest, dass das eigentliche Problem des Wirtschaftsstandortes Köln die Gewerbeflächenknappheit sei, die in dieser Mitteilung sehr eindrucksvoll dargestellt wurde. Er fragt nach den Ergebnissen des GE/GI-Flächengutachten und nach der Büroflächenanalyse aus dem STEK Wirtschaft.

Herr Dr. Höhmann (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) stellt eine Vorstellung des Gutachtens noch vor der Sommerpause in Aussicht.

Herr Frank stellt in Bezug auf die Mitteilung folgende Fragen:

- Wird die GI-Fläche Industriepark Köln-Nord weiterhin so bearbeitet bzw. bereitgehalten, dass eine Vermarktung jederzeit möglich ist?
- Wie wird der Ratsbeschluss, die städtischen Flächen im Bereich des BioCampus zu vermarkten, umgesetzt?
- Gibt es ausgewiesene Gewerbegebiete, die sich in einem Konflikt mit anderen Nutzungsformen befinden?

Herr Beigeordneter Greitemann sagt eine schriftliche Beantwortung dieser Fragen zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

15.2 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH 1047/2019

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Herr Joisten betont seine Sorge, dass in diesem Jahr die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsförderung auf Grund der nichtbesetzten Stellen eingeschränkt sein wird.

Herr Josipovic (Stabstelle Wirtschaftsförderung) sieht die Stellenbesetzungsverfahren, insbesondere auf Grund der verkürzten Verfahren, auf einem guten Weg.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

15.3 Förderung Lastenfahrrad 0938/2019

Dem Ausschuss liegt die Mitteilung der Verwaltung als Tischvorlage vor.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

16 Allgemeine Beschlussvorlagen

17 Mündliche Anfragen

Im öffentlichen Teil der Sitzung wurden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 20.20 Uhr

gez. van Geffen
Ausschussvorsitzender

gez. Doberitz
Schriftführerin